

EUROPÄISCHES PARLAMENT
ASP 12 G 342
B-1047 BRÜSSEL
TEL: +32 2 284 5191
FAX: +32 2 284 9191
Email: [eri-
ka.mann@europarl.europa.eu](mailto:erika.mann@europarl.europa.eu)



Erika Mann



EUROPABÜRO
ODEONSTR. 15/16
D-30159 HANNOVER
TEL: +49 511 1674 268
FAX: +49 511 1674 263
[Europabuero-
erika.mann@spd.de](mailto:erika.mann@spd.de)

Newsletter Oktober 2007

Liebe Leserinnen und Leser,

hiermit erhalten Sie meinen aktuellen Newsletter, der Ihnen einen Überblick über wichtige politische Ereignisse auf europäischer Ebene gibt. Darüber hinaus enthält er wie gewohnt Hinweise auf interessante Veröffentlichungen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen,

Ihre Erika Mann

Staats- und Regierungschefs einigen sich auf EU-Reformvertrag

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten konnten sich beim Gipfeltreffen am 19. Oktober in Lissabon unter Leitung der portugiesischen Ratspräsidentschaft auf ein neues Vertragswerk einigen.

Mit dem gefundenen Reformvertrag wird eine wichtige Hürde genommen; die seit zwei Jahren andauernde Krise konnte überwunden werden. Am 13. Dezember soll das Vertragsdokument offiziell in Lissabon unterzeichnet werden und nach der Ratifizierung durch die Mitgliedstaaten 2009 in Kraft treten. Irland ist der einzige Mitgliedstaat, in dem ein Referendum verfassungsrechtlich vorgeschrieben ist. Es bleibt abzuwarten, ob auch andere Länder eine Volksabstimmung durchführen werden und wie sich dies auf die Ratifikationsgeschwindigkeit auswirken wird.

Eines der wichtigsten Ergebnisse ist die Stärkung des Europäischen Parlaments welches mit dem Vertrag ein volles Mitentscheidungsrecht in nahezu 100% der EU-Rechtssetzung erhält (auch im Agrarbereich und im heutigen sogenannten dritten Pfeiler der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik). Durch den Wegfall der Unterscheidung zwischen obligatorischem und nicht-obligatorischem Haushalt erhält das EP auch in diesem Bereich stärkere Einflussmöglichkeit. Schließlich wird das Parlament zukünftig die gesamte Kommission durch Vertrauensvotum einsetzen. Dazu gehört dann auch der "Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik", der zeitgleich Vizepräsident der Kommission sein wird.

Die Anzahl der Generalanwälte beim Europäischen Gerichtshof wird von acht auf elf erhöht; Polen wird einen ständigen Generalanwalt stellen.

Die Ergebnisse des Regierungsgipfels am 18./19. Oktober sind vor allem aus Sicht des Europäischen Parlaments erfreulich. Die Stärkung des Parlaments verleiht europäischer Rechtssetzung künftig neue Legitimation und stellt eine Stärkung der EU als Ganzes dar. Ich bin aber auch mit dem Ergebnis insgesamt zufrieden. Wie nicht anders zu erwarten, musste in einigen Punkten Kompromisse eingegangen werden, dies ist aber in einer EU mit 27 Mitgliedstaaten nicht anders zu erwarten. Wichtig war, dass wir die EU für die Zukunft handlungsfähig gemacht wurde, dies ist denke ich im Großen und Ganzen gelungen.

Ausführliche Informationen sind auf unserer Website zu erhalten.

Weiterführende Informationen im Internet:

Entwurf des Änderungsvertrags:

<http://www.consilium.europa.eu/igcpdf/de/07/cg00/cg00001-re01.de07.pdf>

Aktuelle Informationen zum Reformvertrag:

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Verfassung/071019-Reformvertrag.html>

<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/Verfassung/ReformvertragInhalt.html>

<http://www.tagesschau.de/ausland/eureformvertrag6.html>

Ausführlicher Bericht auch beim European Policy Centre (en):

http://www.epc.eu/en/pub5.asp?TYP=ER&LV=294&PG=ER/EN/listing_er_all1&t=15&file=S&MENU=sub&see=y

Hintergrund zur Ioannina-Klausel:

<http://www.tagesschau.de/ausland/hintergrundioannina2.html>

Zugang zu Medikamenten für Entwicklungsländer wird erleichtert

Das Europäische Parlament hat am 24. Oktober dem Vorschlag des Rates zugestimmt, das Protokoll zum TRIPS-Abkommen dauerhaft in das Abkommen zu übernehmen. Damit soll für Entwicklungsländer ohne eigene Produktionskapazitäten der Zugang zu Medikamenten erleichtert werden. Die Zustimmung erfolgte nach mehrmaliger Verschiebung der Abstimmung im Ausschuss für Internationalen Handel. Dieser gab seine Zustimmung schließlich am 22. Oktober, nachdem die portugiesische Ratspräsidentschaft weitere Zugeständnisse zur Unterstützung der Entwicklungsstaaten gemacht hatte.

Erika Mann hat als Koordinatorin der Europäischen Sozialdemokraten (SPE) für Außenwirtschaftsfragen maßgeblich dazu beigetragen, dass der Rat weitere Zugeständnisse gegeben hat. Durch die Koordination innerhalb der SPE und zwischen den Fraktionen konnte das Parlament seine Möglichkeiten voll nutzen.

Ich bin einerseits sehr froh über das jetzige Ergebnis und die Zusagen des Rates, durch weitere Maßnahmen die Entwicklungsländer in der Frage der Versorgung mit Medikamenten nachhaltig zu unterstützen. Andererseits ist es gut zu sehen, dass die Abgeordneten, wenn sie gemeinsam ihre Positionen gegenüber

Rat und Kommission beharrlich vertreten, stärker Einfluss nehmen können, als ihnen manchmal bewusst ist.

Die Parlamentarier hatten gefordert, dass neben der Ratifizierung des Protokolls zum TRIPS-Abkommen weitere Maßnahmen erfolgen müssten, um die Situation in den am wenigsten entwickelten Staaten zu verbessern. Zu diesen Maßnahmen zählen der Wissenstransfer von Technologie und Forschungsergebnissen sowie die Stärkung der regionalen Versorgungsstrukturen und Gesundheitssysteme.

Hintergrund:

Staaten ohne eigene Produktionskapazitäten für Medikamente standen im multilateralen Rahmen bislang sehr eingeschränkte Möglichkeiten zur Verfügung, Zugang zu dringend benötigten Arzneimitteln zu erhalten. 2003 wurde von den WTO-Staaten ein vorübergehendes Protokoll zum so genannten TRIPS-Abkommen verabschiedet, welches diesen Staaten erlaubt, unter bestimmten Bedingungen patentierte Medikamente von Drittstaaten zu importieren (so genannte "waiver"-Regelung). Dieses Protokoll soll nun dauerhaft in das TRIPS-Abkommen überführt werden.

Diese Übernahme setzt jedoch die Ratifizierung durch zwei Drittel aller WTO Mitgliedstaaten voraus. Die Europäische Union kann das Protokoll erst nach Zustimmung durch das Europäische Parlament ratifizieren; diese Zustimmung wird mit der Abstimmung im INTA-Ausschuss möglich.

Weitere Informationen auf www.erikamann.com

Die Debatte im Parlament und die dortige Wortmeldung von Erika Mann können Sie in Kürze hier nachlesen: <http://www.europarl.ep.ec/sides/getDoc.do?type=PV&reference=20071023&secondRef=ITEM-018&language=EN&ring=A6-2007-0403>

Bericht ("Empfehlung") des Internationalen Handelsausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/670/670901/670901de.pdf

Beschluss des Ministerrates über die Übernahme des Protokolls zum TRIPS-Abkommen:

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cls/cons_cons\(2006\)08934_/cons_cons\(2006\)08934_de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/cls/cons_cons(2006)08934_/cons_cons(2006)08934_de.pdf)

Alle Informationen zum TRIPS-Abkommen auf den Seiten der WTO (Englisch):

http://www.wto.org/english/tratop_e/trips_e/trips_e.htm

Erika Mann stimmt gegen umstrittenes Europäisches Technologieinstitut

Das Europäische Parlament hat im Rahmen der ersten Lesung über die Errichtung eines Europäischen Technologieinstituts (EIT) abgestimmt. Das EIT war von Kommissionspräsident Barroso als Antwort auf das amerikanische MIT (Massachusetts Institute of Technology) gedacht. Gleichzeitig soll es Spitzenforscher aus aller Welt anziehen. Die finanzielle Ausstattung ist allerdings so armselig, dass von den großen Plänen nicht viel übrig blieb. Erika Mann stand diesem Institut von Anfang an skeptisch gegenüber und hat sich in der Abstimmung gegen die Schaffung des EIT ausgesprochen.

Der derzeit vorliegende Text ist eine Vermengung unterschiedlicher Zielsetzungen, deren Erfüllung mehr als fraglich ist. Bereits Barroso übersah, meiner Meinung nach, dass man ein EIT nicht künstlich schaffen kann, sondern, dass dieses mit viel Geld und Unterstützung versehen, auf natürliche Weise wachsen muss. Zudem übersah er auch, dass wir bereits heute in Europa viele "Mini-MITs" haben, die weltweit Spitzenforschung betreiben - auch in Niedersachsen. Würden wir diese Forschungseinrichtungen mit mehr Geld und Unabhängigkeit ausstatten, würden wir auch echte MITs bekommen. Der Vorschlag suggeriert fälschlicherweise, dass europäische Spitzenforschung kaum vorhanden ist. Hinzu kommt, dass die Finanzierung nicht ausreichend geklärt ist.

Große positive Auswirkung für die niedersächsische Forschungslandschaft hingegen kann der Forschungsrat haben, der u.a. auf eine Initiative von Erika Mann zurückgeht. Diese Neueinrichtung im 7. Forschungsrahmenprogramm soll für eine verstärkte Unterstützung der Grundlagenforschung sorgen.

Die schriftliche Erklärung können Sie hier einsehen:

<http://www.europarl.europa.eu/sidesSearch/search.do?type=WDECL&language=DE&term=6&author=1898>

Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum VW-Gesetz

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat heute sein Urteil im Verfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland zum so genannten VW-Gesetz verkündet. In dem Urteil

wird das Gesetz aus dem Jahr 1960 für rechtswidrig erklärt. Der EuGH sieht in dem Gesetz eine Behinderung des in der EU garantierten freien Kapitalverkehrs.

Die Europäische Kommission hatte am 04. März 2005 Klage gegen Deutschland erhoben, mit der Begründung, das Volkswagen-Gesetz verstoße gegen den freien Kapitalverkehr gemäß Art. 56 EGV. Niedersachsen hält 20,3 Prozent der stimmberechtigten VW-Aktien und ist mit zwei Mitgliedern im Aufsichtsrat von VW vertreten. Hinzu kommt, dass Porsche Ende 2006 weitere Anteile an VW erworben hat und nun insgesamt 30,9 % der Stimmanteile besitzt; diese aber auf Grund des VW-Gesetzes nicht voll nutzen kann.

Pressemitteilung des EuGH über die Urteilsverkündung:

<http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp07/aff/cp070074de.pdf>

Vollständiger Wortlaut des EuGH-Urteils und weitere Dokumente:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-112/05>

Klageschrift der Kommission:

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2005/c_143/c_14320050611de00150015.pdf

Weitere Informationen zum Thema:

<http://erikamann.com/themen/aktuelleuropische/vw>

CO₂-Emissionen von Pkw und Nutzfahrzeugen müssen reduziert werden

Am 24. Oktober hat das Europäische Parlament einen Bericht über eine "Strategie der Gemeinschaft zur Minderung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen" angenommen. Der Bericht ist von großer Bedeutung für die Automobilindustrie und damit auch für Niedersachsen, da darin verbindliche Zielvorgaben der CO₂-Emissionen gefordert werden. Der CO₂-Ausstoß von Fahrzeugen soll bis 2012 auf 120g pro/km reduziert werden. Die Reduktion von CO₂-Emissionen ist Teil einer umfassenden Klimaschutzstrategie der EU.

Der Bericht in seiner jetzigen Form belastet jedoch einseitig die Automobilindustrie, obwohl bereits 2005 eine Verständigung zwischen allen Beteiligten darüber erzielt wurde, dass auch Kraftstoffindustrie, Politik und Autofahrer ihren Beitrag zur Erreichung des Ziels leisten müssen.

Die Abstimmung ist ein deutliches Zeichen, wie nervös die Stimmung im EP wird, gerade wenn es um den Automobilssektor geht. Der Sektor liegt besonders nahe an der Schnittstelle zur Debatte um den Klimawandel, wodurch die Thematik hohe Brisanz erhält. Die Nervosität, die sich im Parlament jedoch breitgemacht hat, hat dazu geführt, dass der Bericht, wie er nun angenommen wurde, gründlich daneben ging. Dies ging sogar so weit, dass ich während der Abstimmung am Ende entgegen meiner Absicht für den Bericht gestimmt habe. Ich musste dies nach dem Ende der Abstimmung schriftlich korrigieren.

Wer dieses Chaos gerne genauer nachvollziehen möchte, kann sich gerne den Bericht ansehen und natürlich für Detailinformationen auch gerne an mich wenden.

Zum Bericht des Umweltausschusses:

<http://www.europarl.ep.ec/activities/expert/reports/sidesSearch.do?language=DE>

Zum Berichtsentwurf des Industrieausschusses:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/673/673406/673406de.pdf

Mitteilung der Kommission zur Minderung der CO₂-

Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen:

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0019de01.pdf

Informationen auf der Seite des Parlaments:

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/064-10383-254-09-37-911-20070913STO10369-2007-11-09-2007/default_de.htm

Neue EU-Politik zum Einsatz von Pestiziden

Mit der Entwicklung einer neuen Politik zum Einsatz von Pestiziden soll langfristig der nachhaltige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln geregelt werden. Das derzeit geltende Recht (vgl. Richtlinie 1991/414/EG) wurde heute im Europäischen Parlament mit der Absicht geändert, einerseits ein höheres Schutzniveau für Umwelt und Gesundheit zu erreichen und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie zu stärken. Hierzu wurden drei Berichte verabschiedet.

Hintergrundinformationen sind im Büro von Erika Mann erhältlich.

Berichte des Unterausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2007-0359+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Breyer-Bericht)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2007-0347+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Klaß-Bericht)

Informationen des EP-Pressedienstes:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-12036-295-10-43-911-20071019IPR11929-22-10-2007-2007-false/default_de.htm

Weiterführende Informationen bei der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit:

http://www.efsa.europa.eu/EFSA/KeyTopics/efsa_locale-1178620753824_Pesticides.htm

Bericht zu konventionellen Energiequellen und Energietechnologien

Die nachhaltige Erzeugung von Energie und die langfristige Versorgungssicherheit in Europa werden immer bedeutender. Bis zum Jahr 2030 wird ein Anstieg der Abhängigkeit der europäischen Mitgliedsstaaten insgesamt auf 65 % erwartet.

Das Parlament hat am 24. Oktober über einen Bericht angenommen, in dem sich das Parlament dazu positionieren wird, wie die zu erwartenden Unsicherheiten bei der Versorgung mit Öl und Erdgas minimiert werden können. Dem Bericht zufolge können erneuerbare Energien den Grundbedarf an Energie bisher nicht decken. Aus diesem Grund sei auch die Kernkraft zumindest mittelfristig in Europa unverzichtbar. Als kohlenstoffarme Energiequelle könne die Kernenergie einen potentiellen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten.

Die Entscheidung über die Beibehaltung, Ausweitung oder den Ausstieg aus der Kernenergie soll weiterhin ausschließlich Sache der Mitgliedstaaten bleiben. Wichtig ist in diesem Zusammenhang gleichzeitig die Einhaltung der Sicherheits- und Nichtverbreitungsnormen, insbesondere des Euratom-Vertrags, durch die Kernenergie nutzenden Mitgliedsstaaten.

In dem Bericht wird jedoch auch an Unternehmen und Mitgliedstaaten appelliert, die Ziele der Effizienzsteigerung und der Verringerung von Umweltauswirkungen durch weitere Verbesserung der Technologien und Entwicklung neuer Methoden auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien voranzutreiben.

Bericht des Unterausschusses:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2007-0348+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Weitere Informationen des EP zur Debatte um den Klimawandel:

http://www.europarl.europa.eu/news/public/story_page/064-2778-031-01-05-911-20070206STO02777-2007-31-01-2007/default_de.htm

EU-Kommission: Energiekonzerne sollen die Kontrolle über ihre Leitungsnetze abgeben

Die europäischen Energienetze sollen nach dem Willen der Kommission weitreichenden Änderungen unterzogen werden. Am 19. September stellte der zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs das dritte Legislativpaket für den EU-Energiebinnenmarkt vor. Einschneidende Veränderungen soll es demnach für die Stromkonzerne geben, die nicht mehr zeitgleich Stromanbieter und Besitzer der Leitungsnetze sein sollen (so genanntes "Ownership Unbundling"). Über die genaue Ausgestaltung herrscht große Uneinigkeit.

Das Energiepaket beinhaltet auch die Gründung einer europäischen Regulierungsbehörde. Hintergrund für die tiefgreifenden Maßnahmen ist u.a. der Wille, wettbewerbsrechtliche Verzerrungen zu beseitigen. In den kommenden Monaten wird sich das Europäische Parlament mit den Vorschlägen der Kommission befassen. Wir werden Sie hierüber auf dem Laufenden halten. In Kürze finden Sie ausführlichere Informationen zum Thema Energie auf unserer Website: www.erikamann.com

Informationen der Europäischen Kommission:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7319_de.htm

Länderspezifische Energiemarktinformationen finden Sie unter nachstehendem Link:

http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/facts_en.htm

Leitfaden zu Fördermöglichkeiten im Bereich Forschung und Innovation auf Regionalebene angekündigt

Die Europäische Kommission hat am 16. August 2007 eine Mitteilung zu „wettbewerbsfähigen europäischen Regionen durch Forschung und Innovation“ verabschiedet. Darin kündigt sie unter anderem an, dass sie bis Ende 2007 einen praktischen Leitfaden für Fördermöglichkeiten für Forschungseinrichtungen oder Unternehmen veröffentlichen wird, die EU-Mittel für Forschungs- und Innovationsaktivitäten auf regionaler Ebene in Anspruch nehmen möchten. Wir werden Sie informieren, wenn der angekündigte Leitfaden erhältlich ist.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0474de01.pdf

EUROSTARS-Programm soll Forschung der KMU fördern

Am 13. September ist das Programm EUROSTARS von der Kommission verabschiedet worden. Mit dem Programm sollen kleine und mittelständische Unternehmen finanziell unterstützt werden, die in Forschung und Entwicklung investieren. Es wird ein Gesamtbudget von 800 Mio. Euro umfassen und nimmt seine Tätigkeit 2007 auf.

http://cordis.europa.eu/fetch?CALLER=DE_NEWS&ACTION=D&SESSION=&RCN=28336

Interessierte Unternehmen können sich hier über diese Website bewerben:

<https://www.eurostars-eureka.eu/sbmLogin.do>

Forschungspolitik - nützliche Hinweise

Broschüre der Generaldirektion Regionalpolitik: Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch innovative Technologien und Produkte und durch funktionierende Gemeinschaften

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/competitiveness/doc/pdf/foster200703_de.pdf

DB Research - Nur integriertes Wissensmanagement ist nachhaltig!

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000215491.pdf

Strategische Partnerschaft mit Brasilien

Am 4. Juli fand unter portugiesischer EU-Ratspräsidentschaft erstmals ein Gipfeltreffen zwischen dem EU-Ratsvorsitzenden Socrates und dem brasilianischen Regierungschef Lula da Silva statt. Neben einem allgemeinen Gedankenaustausch über bilaterale, regionale und globale Themen, kamen die EU und Brasilien überein, ihre bilateralen Beziehungen zu verstärken und eine so genannte "Strategische Partnerschaft" einzugehen. Im Zentrum der Partnerschaft steht die Frage der Energiepolitik. Brasilien ist bereits heute führend im Bereich der Produktion von Bioethanol. In den kommenden Monaten wird es besonders darauf ankommen, sich auf einen technischen Standard weltweit zu verständigen. Damit dies funktioniert wird es besonders Abstimmung zwischen Europa, Brasilien und den USA geben müssen.

Diese strategische Partnerschaft wird zusätzlich zu den laufenden Verhandlungen der EU mit den Mercosur Staaten geplant. Darüber hinaus, hat die EU bereits Freihandelsabkommen mit Mexico und Chile unterzeichnet.

*Mercosur ist die spanische Abkürzung für "Gemeinsamer Markt des Südens" und bezieht sich auf den süd-amerikanischen Binnenmarkt. Die bisherigen Mitglieder des Mercosur sind: Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay - die formelle Aufnahme Venezuelas steht noch aus.

Mündliche Anfrage von Erika Mann:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+OQ+O-2007-0056+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Redebeitrag von Erika Mann im Plenum in Kürze unter diesem Link zu finden:

<http://www.europarl.europa.eu/sidesSearch/search.do?type=CRE&language=DE&term=6&author=1898>

Was ist eine Strategische Partnerschaft?

<http://www.europa-digital.de/service/abc/glossarstu.shtml#strap>

Website der Europäischen Kommission zu den Verhandlungen mit Mercosur:

http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/mercosur/index_en.htm

Zusätzlicher Hinweis:

Drittes Eisenbahnpaket verabschiedet

Noch unter der deutschen Ratspräsidentschaft hatten sich Ende Juni der Ministerrat und das Europäische Parlament eine Einigung über das 3. Eisenbahnpaket gefunden. Das Europäische Parlament hat Ende September seine Zustimmung dazu gegeben.

Das Eisenbahnpaket umfasst mehrere Verordnungen. Diese beziehen sich zum einen auf die Ausbildung von Lokführern: für diese sollen künftig einheitliche Führerscheine ausgestellt werden. Zum zweiten soll der Markt für grenzüberschreitenden Personenverkehr ab 2010 für den Wettbewerb geöffnet werden. Dieser Aspekt sollte in die nationale Diskussion über die geplante Bahn-Teilprivatisierung mit einfließen. Des Weiteren hat das Parlament eine Verordnung über neue Fahrgastrechte verabschiedet. Die Verordnung regelt u.a. die Entschädigung bei großen Verspätungen, die Haftung der Unternehmen für die Fahrgäste und deren Gepäck, den Transport von behinderten Personen sowie die von den Eisenbahnunternehmen bereitzustellenden Informationen.

Zum Pressebericht des Parlaments:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-10639-267-09-39-910-20070823IPR09782-24-09-2007-2007-true/default_de.htm

EP verabschiedet Resolution zu Spielwaren

In der Plenarsitzung Ende September hat das Europäische Parlament die Europäische Kommission aufgefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Situation bezüglich der Einfuhr gefährlicher Spielwaren im Sinne der Verbraucher zügig und nachhaltig zu verbessern. Erika Mann, Außenhandels Sprecherin ihrer Fraktion hatte angeregt dieses Thema im Parlament zu behandeln, nachdem mehrere Rückrufaktionen von Firmen eingeleitet waren. Das Unternehmen Mattel hatte sich allerdings nachträglich dafür entschuldigt und darauf verwiesen, dass sie die chinesische Seite unrechtmäßig beschuldigt hatten und der Fehler bei ihnen lag.

Ein wichtiger Aspekt in der Debatte ist die hinreichende Information der Verbraucher. Das europäische CE-Zeichen, welches bisher nahezu unkontrolliert verwendet wird, dient derzeit nicht als echter Qualitäts- oder Sicherheitsindikator. Das Zeichen muss in einer Weise verwendet werden, in der sich die Verbraucher auch auf die dahinter stehende Qualität verlassen können. Dies ist derzeit nicht der Fall.

Die derzeitige Diskussion um die Einfuhr von sicheren Produkten hat eines gezeigt: Wir können innerhalb der EU die bestmögliche Rechtsetzung haben. Solange wir aber keine Wege finden uns vor unsicheren Produkten aus Drittstaaten zu schützen, ist diese Rechtsetzung nahezu Makulatur. Deshalb müssen wir uns jetzt darauf konzentrieren, durch geeignete Instrumente, die Sicherheit importierter Produkte zu garantieren.

Resolution des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+MOTION+B6-2007-0356+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE>

Hochspannungsleitung

Am 25. Juli stellte Erika Mann eine schriftliche Anfrage an die Europäische Kommission in der sie um eine Einschätzung im Zusammenhang mit dem geplanten Bau verschiedener Hochspannungsleitungen in Niedersachsen bat. Die Fragen zielten vor allem darauf ab zu erfahren, inwieweit der Bau solcher Hochspannungsleitungen mit den allgemeinen Energiezielen der Kommission in Einklang steht.

Der EU-Kommissar Andris Piebalgs, zuständig für Energie, ließ Erika Mann am 25. September seine Antwort zukommen, die eine Reihe interessanter Aspekte enthält.

Besonders für die Diskussion in Niedersachsen ist der Hinweis auf ein von der Kommission ko-finanziertes Projekt "GIL-TEN for Wind & Trade" hervorzuheben, das eine Machbarkeitsstudie für ein Nordsee-Netz beinhaltet, bei welchem Gasisolierte Leitungen (GIL) genutzt werden sollen. Dieses Nordsee-Netz soll durch die GIL-Technologie europäische Off-shore-Windenergieprojekte anbinden und den Stromhandel erleichtern.

Darüber hinaus verweist die Kommission auf eine von ihr geförderte Studie, in dem der Einsatz gasisolierter Leitungssysteme für eine Stromverbindung durch den "Brenner-Basis-Bahntunnel" empfohlen wird.

Eine von der Kommission angesprochene Studie der Deutschen Energieagentur (DENA) kam offensichtlich zu dem Ergebnis, dass die geplanten Hochspannungsleitungen in Niedersachsen notwendig sind. Die

Kommission gibt in ihrer Antwort zu verstehen, dass sie selber "Alternativen zu den Überlandleitungen gegenüber aufgeschlossen" ist.

Zusätzlich weist Piebalgs darauf hin, dass beim Bau bestimmter Übertragungsleitungen durchaus Schwierigkeiten auftreten können, weshalb die Kommission Anfang September vier Koordinatoren für bestimmte Stromverbindungen benannt hat. Darunter auch für das Nordostsee-Gebiet (Dänemark-Polen-Deutschland). Der frühere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Georg Wilhelm Adamowitsch wird in diesem Gebiet die Vollendung der Offshore-Windkraftanlagen überwachen. Die Koordinatoren sollen mit den betreffenden Akteuren verschiedene technische Lösungen erörtern.

Link zur schriftlichen Anfrage von Erika Mann und zur Antwort der EU-Kommission:
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+WQ+E-2007-3792+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum genehmigt

Das so genannte Operationelle Programm des Landes Niedersachsen für den ländlichen Raum „Profil“ ist am 20. September vom zuständigen EU-Ausschuss im niedersächsischen Landtag genehmigt worden. Mit „Profil“ werden vier Schwerpunkte gesetzt. Zu dessen Umsetzung stehen für Niedersachsen insgesamt 815 Millionen Euro zur Verfügung (214 Mio. Euro im Ziel 1-Gebiet und 601 Mio. Euro im Ziel 2-Gebiet).

http://www.ml.niedersachsen.de/master/C20359226_N20358583_L20_D0_I655.html

Die Schwerpunkte des Programms in Einzelnen

Schwerpunkt 1 dient der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft. Diese soll unter anderem durch Berufsbildungs- und Informationsmaßnahmen erreicht werden. Ebenso werden einzelbetriebliche Managementsysteme gefördert. Dazu gehören Agrarinvestitionsförderprogramme, die Erhöhung der Wertschöpfung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Verbesserung und der Ausbau der Infrastruktur.

Schwerpunkt 2 bildet die Verbesserung der Umwelt und der Landschaft. Mit folgenden Maßnahmen soll dies erreicht werden: Erschwernisausgleich, Agrarumweltmaßnahmen; Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen, Waldumweltmaßnahmen, Wiederaufbau forstwirtschaftlicher Strukturen und Einführung vorbeugender Maßnahmen und Beihilfen für nichtproduktive Investitionen Forst.

Schwerpunkt 3 soll die Lebensqualität im ländlichen Raum und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft erhöhen. Um dieses zu erreichen, sollen nachstehende Maßnahmen durchgeführt werden: Diversifizierung, ländlicher Tourismus, Dienstleistungseinrichtungen, Dorferneuerung, Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes, Schaffung von Transparenz– von der Ladentheke bis zum Erzeuger.

Schwerpunkt 4 ist die Umsetzung des so genannten "Leader" Konzepts der Europäischen Union. Diese erfolgt mittels regionaler Entwicklungskonzepte für ländliche Räume. Dieses Konzept erstreckt sich über die drei oben genannten thematischen Schwerpunkte.

Das Niedersächsische Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übernimmt die Gesamtverantwortung für die Programmumsetzung. Die Bewilligungsbehörden sind weiterhin die Niedersächsischen Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften.

Übersicht über die Niedersächsischen Behörden für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften:
http://www.gll.niedersachsen.de/master/C11629790_N6583098_L20_D0_I6503106

Pressemeldung der EU-Kommission zur Genehmigung:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1367&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Grünbuch "Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt".

Ein Grünbuch* zum städtischen Verkehr wurde am 25. September von der Kommission vorgestellt. In diesem Grünbuch geht es um die Zukunftsentwicklung in städtischen Ballungsgebieten.

Mobilität wird immer stärker gefordert, gleichzeitig rückt der Klimaschutz stärker in den Vordergrund. Zudem verändern sich in den europäischen Städten viele andere Aspekte: die Bevölkerung wird älter und sie wird 'bunter'. Welches Modell städtischer Mobilität sinnvoll ist und wie Transportnetze gestaltet werden sollen, dass sie für alle Bürger erschwinglich sind. Dies sind Fragen, denen die Kommission mit dem Grünbuch

Der öffentliche Konsultationsprozess läuft bis zum 15. März 2008. Durch aktive Teilnahme können alle Interessierten den Prozess beeinflussen. Informationen über Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

http://ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/followup_en.htm

Link zum Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“:

http://ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/index_en.htm

Zugang zu Reparaturinformationen auch für unabhängige Werkstätten

Reparaturen an Kraftfahrzeugen bestimmter Hersteller konnten bisher nur in den von den Herstellern zugelassenen Werkstätten durchgeführt werden. Am 14. September hat die Europäische Kommission entschieden, dass diese Praxis geändert werden muss. Die Kfz-Hersteller müssen künftig auch den unabhängigen Werkstätten nötige technische Informationen für Reparaturen geben. Dies betrifft vor allem Hersteller wie DaimlerChrysler, Toyota, General Motors und Fiat, die sich bislang gegen diese Informationsfreigabe weigert hatten. Um ein Informationsdefizit für die unabhängigen Werkstätten zu vermeiden, war dieser Schritt notwendig.

Pressemitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7308_de.htm

„Flexicurity“ - neuer Arbeitsmarkt?

Flexicurity ist eine englische Wortschöpfung, die die Begriffe Flexibility und Security kombiniert. Am 27. Juni 2007 ist die Mitteilung „Zu gemeinsamen Grundsätzen von Flexicurity: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit“ von der EU-Kommission angenommen worden. Damit soll ein Beitrag zur Modernisierung des Arbeitsmarktes und zur Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung geleistet werden. Die Mitteilung schlägt gemeinsame Grundsätze für das "Flexicurity"-Konzept vor, das ein möglichst hohes Maß an Sicherheit und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt miteinander in Einklang bringen soll. Hervorgehoben wird, dass es aufgrund der unterschiedlichen Arbeitsmarktsituation in der EU keine Einheitslösung geben kann.

Das Thema Flexibilisierung von Arbeitsmärkten ist aus mehreren Gründen ausgesprochen brisant. Erstens gestaltet sich der Arbeitsmarkt in den europäischen Mitgliedsstaaten nicht einheitlich. Zweitens und das ist das eigentliche Problem in den meisten Staaten der EU, sichere, verlässliche und gut bezahlte Jobs zu schaffen von denen Familien auch leben können. Drittens, wird allzu leichtfertig die Globalisierung als Entschuldigung für jede Form von Anpassung heran gezogen.

Die europäischen Sozialdemokraten haben zu diesem Thema eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Informationen sind dazu jederzeit in unserem Büro in Hannover erhältlich.

Mit dem Thema "Flexicurity" haben sich am 13.09. erstmals auch die zuständigen Fachminister der Mitgliedstaaten in Lissabon ausgetauscht. Die von ihnen verabschiedete Schlussfolgerung wird in die gemeinsamen Grundsätze für Flexibilität und Sicherheit mit einfließen, die im Dezember von den EU-Staats- und Regierungschefs vereinbart werden sollen.

http://ec.europa.eu/employment_social/employment_strategy/flex_meaning_de.htm

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/jun/flexicurity_en.pdf

Migration - Einführung der so genannten "Blue Card" wird vom EP unterstützt

Die Europäische Kommission hat am 23. Oktober ihre Pläne zur Einführung der so genannten "Blue Card" für hoch qualifizierte Arbeitnehmer vorgestellt. In Anlehnung an die amerikanische "Green Card" möchte der zuständige Kommissar Franco Frattini einen Modus finden, der es diesen hoch qualifizierten Arbeitnehmern ermöglicht, in der EU zu arbeiten, wenn ihnen ein Arbeitsangebot für mindestens ein Jahr vorliegt. Die "Blue Card" ist überwiegend für Arbeitnehmer aus Asien und Afrika gedacht.

Das Europäische Parlament hatte dem Kommissar bereits im September seine Unterstützung für die Einführung einer europäischen "Blue Card" zugesagt, mit der die Freizügigkeit von Spitzenkräften in Europa und die Versetzung von Arbeitnehmern innerhalb multinationaler Konzerne erleichtert werden soll. Das EP unterstützt auch eine Vereinfachung der Einreise hochqualifizierter Arbeitskräfte, wobei die Festlegung des konkreten Bedarfs und der Quoten für Wirtschaftsmigranten weiterhin im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten bleiben sollen.

Derzeit liegen mehrere Mitteilungen der Kommission vor, die sich mit dem komplexen Thema Migration befassen. Die Bereitschaft in den meisten Mitgliedsstaaten für eine großzügige Lösung ist ausgesprochen gering. Auf der einen Seite sind sich durchaus alle bewusst, dass Europa eine gezielte und offene Einwanderungspolitik braucht, auf der anderen Seite, ist die Sorge in vielen europäischen Staaten groß, dass eine gezielte Abgrenzung zur illegalen Einwanderung nicht gelingt.

Zur Pressemeldung der Kommission:

www.ec.europa.eu/news/employment/071023_1_de.htm

Zum Bericht des Europäischen Parlaments:

<http://www.europarl.europa.eu/sidesSearch/search.do?type=REPORT&language=DE&term=6&author=28368>

Mehr zum Thema auf den Seiten der Kommission:

http://www.ec.europa.eu/news/justice/060929_1_de.htm

Weiterführende Informationen finden Sie auch unter:

<http://erikamann.com/themen/europaszukunftsthe/Migration/>

Europäische Privatgesellschaft

Zurzeit wird seitens der Kommission die Einführung eines einheitlichen Statuts für eine Europäische Privatgesellschaft geprüft. Ziel ist es, dass vor allem grenzüberschreitende Geschäfte für kleinere und mittlere Unternehmen einfacher werden. Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation wird um Stellungnahmen gebeten. Der Schlusstermin dafür ist der 31. Oktober 2007.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/epc/index_de.htm

Am 1. Februar 2007 hatte das Europäische Parlament sich im Rahmen einer Resolution dazu geäußert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0023+0+DOC+XML+V0//DE>

Deutsche Bank plädiert für eine Europäisierung der Finanzaufsicht

Nach Auffassung der Deutschen Bank Research steht die bestehende Struktur der Finanzaufsicht in der EU nicht im Einklang mit dem Grad der Marktintegration; die Struktur ist weder effizient noch ist sie hinreichend für die Sicherung der Finanzmarktstabilität. Um die bereits erzielten positiven Effekte der Finanzmarktintegration nicht zu gefährden, müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten zügig über eine neue Struktur beraten und entscheiden. Erfolgversprechend ist ein dreistufiger Ansatz: 1. Entscheidungsbefugnisse der Level-3-Ausschüsse ausweiten, 2. ein Lead Supervisor-Regime einführen sowie 3. ein Europäisches System der Finanzaufsicht schaffen. Der Einsatz einer Expertengruppe zur Evaluierung unterschiedlicher Konzepte wäre sinnvoll.

Zur Veröffentlichung der Deutschen Bank Research:

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000216808.pdf

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingestellt

Die EU-Kommission hat drei Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingestellt.

Zum einen geht es dabei um die Vergabe von Rundfunklizenzen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Beide Länder hatten bei mangelnden Übertragungsfrequenzen bezüglich der Vergabe von Lizenzen landesinterne Bewerber bevorzugt. Die entsprechenden Gesetze wurden inzwischen geändert.

In den anderen beiden Fällen ging es um die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig und die Entsorgung des Abwassers in der Gemeinde Bockhorn. Indem die kommunalen Behörden ohne Ausschreibung Dienstleistungsaufträge vergeben hatten, verstießen sie und damit die Bundesrepublik Deutschland gegen eine Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge (92/50/EWG). Die fraglichen Verträge wurden jedoch vor Urteilsverkündung beendet, so dass die Verfahren eingestellt werden konnten und keine Sanktionen verhängt wurden. (Rs. C-503/04)

Hinweise auf wichtige Termine in Niedersachsen

5. November

Europa-Fachgespräch von Erika Mann: Energie intelligent nutzen – Handlungsoption für Kommunen

Wer über den Klimawandel spricht, muss über Energiepolitik und besonders Energieeffizienz reden. Denn wer die benötigte Energie möglichst rationell einsetzt, schlägt mehrere Fliegen mit einer Klappe: er schont die natürlichen Ressourcen, er erhöht die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger, und er senkt die aktuellen Energiekosten.

Gerade für Kommunen werden so Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz immer attraktiver – sei es bei der Anschaffung von Fahrzeugen und Maschinen, sei im Gebäudemanagement, bei Neubauten und bei Sanierungsvorhaben.

Energie intelligent nutzen – Handlungsoption für Kommunen

Europa-Fachgespräch mit Peter Löffler, Brüssel

Newsletter - Oktober 2007.doc

Montag, 05.11.2007
17:00 Uhr
Üstra-Remise
Goethestraße 19
30159 Hannover

Herr Peter Löffler leitet die Europäische Exekutivagentur "Intelligente Energien" der Europäischen Kommission in Brüssel. Ich freue mich sehr, dass er sich bereit erklärt hat, mit Ihnen die Handlungs- und Fördermöglichkeiten vor allem für Kommunen in der rationelleren Energienutzung zu besprechen.

Herr Löffler wird das Förderprogramm "IEE" (Intelligente Energie – Europa) vorstellen. Von besonderem Interesse ist dabei der Programmbereich SAVE, der nachhaltige Projekte für die effizientere Nutzung von Energie fördert.

Um Anmeldung wird gebeten:

EUROPABÜRO
Henning Hofmann
ODEONSTR. 15/16
D-30159 HANNOVER
TEL: +49 511 1674 268
FAX: +49 511 1674 263
europabuero-erika.mann@spd.de

19. November
Forschungsfachgespräch
„Forschung in Niedersachsen, Deutschland und Europa – Die SPD Abgeordneten berichten“
Gaby Andretta, Thomas Oppermann, Erika Mann
Göttingen

26. November
Europagespräche der Universität Hildesheim im Wintersemester 2007/08
Erika Mann: „Historische und aktuelle Erfahrungen mit dem europäischen Parlamentarismus“
18:15 Uhr
Raum J 207
Marienburger Platz 22
31141 Hildesheim

Link zum Gebäudeplan: <http://www.uni-hildesheim.de/de/lageplan-campus.htm>

Link zur Übersicht der Veranstaltungsreihe Europagespräche: <http://www.uni-hildesheim.de/de/25589.htm>

Ausgewählte Termine in Brüssel oder "dem Rest der Welt"

(die sich nicht auf die allgemeine Ausschussarbeit beziehen, aber von Interesse sind für Niedersachsen)

24.-26. Oktober
Besuchergruppe aus Niedersachsen zu Besuch in Straßburg auf Einladung von Erika Mann; die Gruppe wird neben politischen Informationsveranstaltungen auch ein Gelegenheit haben, die Stadt Straßburg ein wenig kennen zulernen.
Europäisches Parlament, Straßburg

1. November
Konferenz: "Der effektive Schutz geistigen Eigentums - Schlüsselfrage für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Europas?"
10.00 -16.00 Uhr
Friedrich-Ebert Stiftung, Hiroshimastraße 17
Berlin

Arbeitsschwerpunkte von Erika Mann:

Handelspolitik, insbesondere Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, Beziehungen EU - Mexiko und transatlantische Beziehungen (EU - USA, EU – Kanada), Informationsgesellschaft (elektronischer Geschäftsverkehr, Urheberrecht, Internet) und Telekommunikationspolitik, Forschungspolitik